

Friedensabkommen mit MNLF unterschrieben

Am 29.8.92 wurde in Manila offiziell das Friedensabkommen mit der MNLF (Muslim National Liberation Front) unterschrieben. Letzte Absprachen waren von Präsident Ramos und Nur Misuari, dem Führer der MNLF bei ihrer ersten persönlichen Begegnung seit zehn Jahren Mitte August in Malabang, Mindanao, getroffen worden. Der unter Vermittlung Indonesiens und der OIC (Organisation of the Islamic Conference) ausgearbeitete Vertrag wurde unterzeichnet, um die seit 24 Jahren dauernden bewaffneten Auseinandersetzungen in den Südprovinzen der Philippinen zu beenden, in deren Verlauf etwa 100.000 Menschen ums Leben kamen. Nicht berücksichtigt wird in dem Vertrag die rivalisierende "Muslim Islamic Liberation Front" (MILF).

Das Abkommen sieht die Errichtung einer Übergangsbehörde, des "Südphilippinischen Rats für Frieden und Entwicklung" vor, die unter Vorsitz des MNLF-Gründers und ehemaligen Universitätsdozenten Nur Misuari drei Jahre lang die wirtschaftliche Entwicklung der Region steuern soll. Auch Christen und Mitglieder der Regierung werden in dem Gremium vertreten sein, das jedoch mehrheitlich mit Muslimen besetzt werden soll. Nach drei Jahren wird der Übergangsrat von einer gewählten Autonomieregierung abgelöst, die dann für 14 südphilippinische Provinzen zuständig ist, in denen ein Großteil der muslimischen Filipinos lebt und sie als ihre angestammte Heimat betrachtet. Durch starke Zuwanderung und Landnahme von christlichen Siedlern und Konzernen ist die muslimische Bevölkerung jedoch zur Minderheit geworden, die sich zudem um ihren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung der Region geprellt sieht.

Unterdessen protestiert die überwiegend katholische Bevölkerung dieser Region vehement dagegen, von einer muslimisch dominierten Behörde regiert zu werden. Bei mehreren Großdemonstrationen wurde die philippinische Flagge verkehrt herum gehißt. Verschiedene Parlamentsab-

geordnete aus Mindanao erhoben Einwände gegen das Abkommen in der geplanten Form, von denen sich Präsident Ramos bisher unbeeindruckt zeigte. Gruppen, die mit bewaffnetem Widerstand gegen das Abkommen gedroht hatten, entgegnete Ramos, die Regierung wisse um die Konfliktpunkte, werde Gewalt aber keinesfalls tolerieren. Die Behörden in der betroffenen Region weisen darauf hin, daß der größte Teil der Bevölkerung römisch-katholischen Glaubens ist. Es sei daher nicht rechtens, den Rat in seiner vorgesehenen Zusammensetzung einzuberufen. In einem offenen Brief forderten die katholischen Bischöfe des Landes Ramos dazu auf, die Übergangsbehörde erst nach einer Volksbefragung zu bilden. Die Einwohner von Mindanao hätten bisher keinerlei Mitspracherecht bei der Friedensregelung gehabt, hieß es. Bei einem Plebiszit im Jahr 1989 hätten sich schließlich nur vier der 13 Provinzen Mindanaos für eine muslimische Autonomieregierung ausgesprochen.

Nur Misuari, Gründer und Anführer der MNLF bewirbt sich um das Amt des Gouverneurs für die bereits bestehende "Autonomous Region of Muslim Mindanao" (ARMM) bei den im September stattfindenden Wahlen. In Koalition mit Ramos Partei Lakas werde er unter Beweis stellen, daß er nunmehr bereit sei, im Rahmen von Verfassung und Gesetzen tätig zu sein, erklärte Misuari Mitte Juli in Jolo. Der aus dem Sulu-Archipel stammende Moslemführer war nach mehrjährigem Auslandsaufenthalt erst im Frühjahr auf die Philippinen zurückgekehrt.

Es hat bereits zwei frühere Initiativen gegeben, den bewaffneten Konflikt zwischen Regierung und muslimischer Guerilla zu beenden. 1976 hatte die MNLF in Verhandlungen mit der Regierung Marcos ihre Forderung nach einem eigenen muslimischen Staat in Mindanao aufgegeben und die Forderung nach einer Autonomieregierung für 13 Provinzen und neun Städte im Abkommen von Tripolis festgeschrieben.

Unter der Regierung Aquino war kein Fortschritt bei Verhandlungen erzielt worden. Seit 1992 besteht ein Waffen-

stillstandsabkommen mit der MNLF.

AFP 19.8., Rtr 19.8., 5.8., 6.8., ADN 12.7., dpa 30.7.96



Fidel Ramos (rechts) und Nur Misuari

aus: FEER v. 5.9.96, S. 24

Positionierungsmanöver für Präsidentenschaftswahlen

Aufgekündigt hat die "Laban-Partei" (Laban ng Demokratikong Pilipino) Anfang Juni ihre Koalition mit der Regierungspartei von Präsident Ramos "Lakas" um nunmehr als stärkste Oppositionspartei aufzutreten. Hintergrund für diesen Seitenwechsel ist die Absicht des Laban-Vorsitzenden Senator Edgardo Angara (61), bei den Präsidentenschaftswahlen 1998 zu kandidieren. Durch die seit 1994 bestehende Koalition konnte Ramos auch im Senat, in dem die Laban-Partei 13 von 24 Sitzen innehat, leichter eine Mehrheit für seine Regierungspolitik finden. Beobachter fürchten jetzt, daß geplante neue Steuergesetze aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse nicht verabschiedet werden.

Rtr 31.5., 2.6.96

"El Shaddei" veruntreut Spenden

Gegen den Führer der populären "El Shaddei"-Bewegung, Mariano Velarde, wird der Vorwurf erhoben, Spendengelder in Millionenhöhe in eigene Geschäfte investiert zu haben. Mit seiner Verheißung, Gottesglauben werde auch finanziell belohnt, konnte der Geschäftsmann Velarde, alias Prediger "Bruder Mike" in den vergangenen zwölf Jahren sieben Millionen Anhänger gewinnen und von ihnen 10 Prozent ihres Einkommens als "Liebesopfer" kassieren. Von der katholischen Kirche wird die El-Shaddei-Bewegung bislang als Glaubensgemeinschaft anerkannt. Velarde soll katholischen Gemeindepriestern die Hälfte seiner Spendeneinnahmen zukommen lassen. Inzwischen wächst unter katholischen Gläubigen der Unmut gegen die pseudo-religiöse Gruppierung.

ADN 15.8.96

Kreuzzug gegen Wahlbetrug

Fälschungen und Unkorrektheiten bei den letzten Parlamentswahlen auf den Grund gehen möchte Ex-Senator Aquilino Pimentel, der 1995 für ein Senatorenamt kandidiert hatte. Anschuldigungen erhebt er unter anderem gegen Senator Juan Ponce Enrile, der Wahlhelfer für Manipulationen an den Ergebnislisten bezahlt haben soll. Schützenhilfe erhielt Pimentel kürzlich von Kardinal Sin, der Enrile bei einer Messe ebenfalls beschuldigte. Pimentel erhofft sich von seiner Kampagne Impulse für eine Wahlreform und Verbesserungen für die nächsten Wahlen.

FEER 11.7.96

17 Prozent der Kinder arbeiten

Genauere Daten zum Ausmaß von Kinderarbeit auf den Philippinen ermittelte erstmals eine Studie der internationalen Arbeitsorganisation ILO und dem philippinischen Amt für Statistik. Demnach arbeiten rund 3,7 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und sieben Jahren regelmäßig. 67 Prozent der Kinder arbeiten in der Landwirtschaft, die meisten haben die Grundschule nicht beendet. Rund 60 Prozent sind an ihrem Arbeitsplatz gesundheitsschädigenden chemischen und biologischen Substanzen ausgesetzt oder arbeiten in gefährlichen Bereichen ohne Schutz, unter anderem auch im Bergbau, so die Studie. Von zehn befragten Kindern äußerten nur zwei, keine Probleme mit der täglichen Arbeit zu haben, viele äußerten sogar Angst vor ihrer gefährlichen Tätigkeit. Dennoch erklärte mehr als die Hälfte aller Kinder, weiterarbeiten zu wollen, um damit ihre Familie zu unterstützen.

ADN 20.8.96

Mehr Bierauswahl

Noch in diesem Jahr soll die Asia Brewery in Manila nach Abschluß eines Kooperationsvertrags mit der US-Brauerei Anheuser-Busch das erste Budweiser Bier brauen. Ausgezeichnete Entwicklungsmöglichkeiten auf dem philippinischen Markt erhoffen sich die US-Brauer.

AFP 3.8.96

Entschädigung für Zwangsprostituierte

Japan hat Mitte August die ersten Entschädigungen an drei philippinische Frauen gezahlt, die während des zweiten Weltkriegs von japanischen Soldaten als Zwangsprostituierte mißbraucht worden waren. Sie erhielten jeweils zwei Mio. Yen (rund 27.000 Mark) von der Asiatischen Frauenstiftung. Japans Botschafter überreichte zugleich einen Brief des japanischen Regierungschefs Ryutaro Hashimoto, der es jedoch vermied, die rechtliche Verantwortung Japans für die Verbrechen einzugestehen. Die meisten der betroffenen Frauen aus Südkorea, Taiwan und den Philippinen lehnen das Geld der Stiftung ab und fordern eine direkte Entschuldigung der japanischen Regierung.

AFP 14.8., Rtr 14.8.96

Haftstrafen wegen Kindesmißbrauchs

Zum ersten Mal hat ein philippinisches Mädchen einen Japaner in seinem Heimatland wegen auf den Philippinen begangenen sexuellem Mißbrauch angezeigt. Auch auf den Philippinen steht der Mann wegen dieses Vergehens vor Gericht. Ein 44-jähriger Brite ist Ende Juli in Manila zu 17 Jahren Haft verurteilt worden. Er hat sich an zwei vier und acht Jahre alten Brüdern vergangen. Ende August wurde ein 63-jähriger deutscher Hotelbetreiber wegen Verdachts des sexuellen Kindesmißbrauchs verhaftet.

Indes forderte die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft gegen Kinderprostitution" zur Verbesserung der Ermittlungen speziell geschulte Verbindungsbeamte der Polizei in den Zielländern der Sextouristen. Obwohl seit 1993 im Ausland begangener Kindesmißbrauch auch in Deutschland strafrechtlich verfolgt werden könne, sei erst ein Täter von der deutschen Justiz verurteilt worden, was deutlich zeige, daß das Gesetz nicht greife, meinte die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestags, Dorle Marx.

dpa 21.8. und 19.8.96, Rtr 30.7. und 2.8.96

Ballettausbildung für Nachtclubtänzerinnen

Der Oberste Gerichtshof der Philippinen hat eine Regelung bestätigt wonach Tänzerinnen eine Ballettausbildung absolvieren müssen, bevor sie in Nachtclubs in Japan und anderen Ländern arbeiten dürfen. Arbeitsvermittlungsorganisationen hatten gegen diese Regelung geklagt. Der Staat habe das Recht, Ausbildungsstandards für die Entertainerinnen zu setzen, urteilte das Gericht. Schmutzige Geschichten von philippinischen Tänzerinnen, die als Prostituierte endeten müßten ein Ende haben. Hunderte von Tänzerinnen, die nach Japan ausreisen wollen haben gegen das Urteil protestiert.

Rtr 6.8.96

Verfolgung von illegalen Arbeitsvermittlern

Größere Priorität soll der Verfolgung von illegalen Arbeitsvermittlern zukommen, die vielfach Altersangaben fälschten um schon Minderjährige ins Ausland zu vermitteln. Das forderte Präsident Ramos kurz nach der Rückkehr der siebenjährigen Sarah Balabagan in ihre Heimat.

Das Mädchen war in den Vereinigten Arabischen Emiraten zunächst zum Tode verurteilt worden, weil sie ihren einheimischen Arbeitgeber getötet hatte. Nach Interventionen Manilas und des Präsidenten der Emirate wurde ihre Strafe in ein Jahr Haft umgewandelt.

Rtr 4.8.96

Kein Zementwerk aus Umweltschutzgründen

Wegen der Gefährdung eines Meeresschutzgebiets und zu hoher Luftverschmutzung hat die philippinische Regierung einem internationalen Konsortium den Bau eines großen Zementwerks am Golf von Lingayen verboten. Das 800 Millionen Mark teure Projekt hätte Korallenriffe und Meeresfauna am Kap Bolinao nach Auffassung des Umweltministeriums gefährdet. Umweltschützer hoffen nun, diese Entscheidung habe richtungsweisenden Charakter für die künftige Umweltpolitik der Regierung und verweisen auf zwei ähnlich umstrittene Projekte, zwei Kohlekraftwerke auf der Insel Luzon, gegen die sich die Anwohner zur Wehr setzen.

ADN 12.8.96, AP 7.8.96

Deponie für Autobatterien

Mehr als 75.000 Tonnen alter Autobatterien wurden seit 1991 nach Angaben von "Greenpeace" auf die Philippinen verschifft. In der Nähe einer Recyclinganlage bei Patubig nördlich von Manila seien erhöhte Bleiwerte gemessen worden. Der Ertrag von Reis sei um ein Drittel zurückgegangen und Fische in einem Fluß verendet. Ein Toxikologe bezeichnete die Krankheitssymptome von Anwohnern als Bleivergiftung. Die meisten Batterien stammen aus Saudi-Arabien, Singapur und Australien, so Greenpeace. Die Organisation appellierte an die philippinische Regierung, die bisher erlaubte Einfuhr von giftigen Stoffen zum Recycling zu unterbinden.

AP 22.8.96

Angst vor Erdbeben am Pinatubo

Etwa 200.000 Menschen sind Anfang August aus Furcht vor weiteren Erdbeben aus ihren Dörfern am Vulkan Pinatubo geflohen. Über 50 Dörfer der Region waren von schweren Überschwemmungen betroffen. Starke Niederschläge schweben die meterdicke Staubschicht aus Vulkanasche talwärts.

dpa 2.8.96

Zahlreiche Opfer von Denguefieber

Rund 2500 Menschen sind in den Philippinen an dem von Mücken übertragenen Denguefieber erkrankt, 44 von ihnen mit tödlicher Folge. Anfang August wurde eine landesweite Kampagne zur Bekämpfung des Fiebers gestartet, die – um erfolgreich zu sein – jedoch ein Jahr andauern muß.

AP 15.7., 2.8.96